

Unverkäufliche Leseprobe



Muriel Assenburg, Jan Busse
Der Nahostkonflikt
Geschichte, Positionen, Perspektiven

128 S.: mit 4 Karten. Broschiert
ISBN: 978-3-406-69776-0

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/16551108>

Muriel Asseburg

Jan Busse

DER NAHOSTKONFLIKT

Geschichte, Positionen, Perspektiven

Verlag C.H.Beck

Mit 4 Karten
© Peter Palm, Berlin

Originalausgabe
© Verlag C.H.Beck oHG, München 2016
Satz, Druck u. Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Umschlaggestaltung: Uwe Göbel, München
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 69776 0

www.chbeck.de

Inhalt

I. Einführung 7

1. Schlüsselkonflikt im Nahen und Mittleren Osten? 8
2. Territoriale, ethnische und religiöse Dimensionen 10
3. Rückkehr oder Landraub? Unabhängigkeit oder Katastrophe? 12

II. Stationen des Nahostkonflikts 14

1. Hintergründe 16
 - Der politische Zionismus* 16
 - Auseinandersetzungen im britischen Mandatsgebiet* 17
2. Die israelische Staatsgründung und ihre Folgen 19
 - Der Unabhängigkeitskrieg oder die Nakba* 19
 - Suez-Krieg oder Trilaterale Aggression 1956* 23
3. Kriege und das Ringen um Frieden 24
 - Der Sechs-Tage-Krieg – Naksa 1967* 24
 - Besatzung und Siedlungspolitik* 26
 - Der Jom-Kippur-Krieg oder Oktober-Krieg 1973* 28
 - Der Libanonkrieg 1982* 30
 - Die Erste Intifada und der Zweite Golfkrieg 1987–1990* 31
4. Fortschritte der 1990er-Jahre: Die Oslo-Abkommen 33
 - Die Etablierung der Palästinensischen Autonomiebehörde* 33
 - Camp David II* 37
5. Das Scheitern von Oslo 38
 - Die Zweite Intifada* 38
 - Die Arabische Friedensinitiative* 39
 - Sperranlagen und Abkoppelungsplan* 40
 - Hamas gegen Fatah* 43
 - Auf dem Weg zur Dritten Intifada?* 45

III. Friedensverhandlungen: Positionen und Lösungsansätze 48

1. Multilaterale Nahostverhandlungen 48
2. Bilaterale Verhandlungen 50
 - Israel – Jordanien: Rasche Einigung* 50
 - Israel – Syrien: Jordanufer und Golan* 51
 - Israel – Libanon: Grenzverlauf und Hisbollah* 54
3. Israelisch-palästinensische Streitfragen 57
 - Die Zweistaatenregelung* 58
 - Siedlungen in den besetzten Gebieten* 62
 - Jeruschalajim und Al-Quds* 66
 - Die Flüchtlinge: Rückkehr, (Neu-)Ansiedlung oder Entschädigung* 71
 - Das Wasser* 77

IV. Die Folgen des Arabischen Frühlings 81

1. Unmittelbare Auswirkungen 81
 - Bürgerkrieg in Syrien* 81
 - Umbruch in Ägypten* 85
2. Die Verschiebung der Machtbalance in der Region 89
3. Wagenburg Israel 93
4. Unmut in der palästinensischen Bevölkerung 95

V. Optionen zur Regelung des Konflikts 101

1. Das Paradigma der Zweistaatenregelung 101
2. Realität heute: Ein Staat unter israelischer Kontrolle 104
3. Alternativen zur Zweistaatenregelung 109
 - Jüdisch dominierte Einstaatenregelung* 110
 - Ein demokratischer binationaler Staat* 112
 - Konföderationsmodelle* 115
4. Ausblick 117

Abkürzungen 119

Zeittafel 120

Demographische Entwicklung 123

Ausgewählte Literatur und Filme 125

Personenregister 127

I. Einführung

Der Nahostkonflikt, das ist der israelisch-arabische Konflikt, dessen Kern die Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern bilden. Die Berichterstattung darüber gehört seit Jahrzehnten zum Standardrepertoire in unseren Nachrichten. Die Meldungen wiederholen sich: Es geht um Selbstmordattentate, Siedlungsbau, Grenzstreitigkeiten, Hauszerstörungen, militärische Zusammenstöße und um Verhandlungen, die nicht enden oder gar nicht erst beginnen wollen.

Die internationale Aufmerksamkeit rührt daher, dass der Nahe Osten das Zentrum dreier Weltreligionen ist. In Jerusalem befinden sich zentrale Heilige Stätten von Judentum, Islam und Christentum. Auch sind die Entwicklungen im «Heiligen Land» schon seit Jahrhunderten eng mit denen in Europa verknüpft: Für die europäischen Herrscher war die «Befreiung Jerusalems von der muslimischen Fremdherrschaft» seit dem späten 11. Jahrhundert ein wichtiges Ziel der Kreuzzüge. Die jüdische Einwanderung nach Palästina ab Ende des 19. Jahrhunderts war eine Folge von Nationalismus, Antisemitismus und Pogromen in Europa und Russland. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich der Nahe Osten zunehmend von einer randständigen Region des Osmanischen Reichs zum Schauplatz von Rivalitäten der europäischen Großmächte Frankreich und England. Die Judenverfolgung der Nationalsozialisten stärkte die internationale Akzeptanz für die Etablierung des Staates Israel. Im Kalten Krieg suchten die USA und die Sowjetunion durch Unterstützung von Partnern nicht nur in Europa, sondern auch in der Region ihre Einflussphären auszuweiten. Und selbst heute wird Israel oft als Repräsentant des «Westens» in einer muslimisch geprägten Umgebung gesehen.

I. Schlüsselkonflikt im Nahen und Mittleren Osten?

Über lange Zeit ist der Nahostkonflikt als Schlüsselkonflikt im Nahen und Mittleren Osten, also in den Ländern des südlichen und östlichen Mittelmeerraums sowie der arabischen Halbinsel, dargestellt worden. Erst die Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern, so die weit verbreitete Annahme, würde die Lösung anderer Konflikte in der Region ermöglichen. Dass diese Annahme jedoch nicht trägt, wurde nicht zuletzt im Zuge des Ende 2010 beginnenden Arabischen Frühlings deutlich: Bei den Protestbewegungen und Aufständen spielte die Palästinafrage keine Rolle. Vielmehr ging es den Protestierenden um ein Leben in Würde, um ein Ende von Polizeiwilkkür, Korruption und Vetternwirtschaft sowie um politische Teilhabe und sozioökonomische Perspektiven.

Der Nahe und Mittlere Osten ist durch mehrere zwischen- und innerstaatliche Konflikte geprägt, die sich überlagern und gegenseitig verstärken. Dabei stand im sogenannten Arabischen Kalten Krieg der 1950er- bis 1980er-Jahre die Systemkonkurrenz zwischen sozialistisch orientierten Republiken und konservativen Monarchien – insbesondere zwischen Ägypten und Saudi-Arabien – im Vordergrund. Heute ist es vor allem der Hegemonialkonflikt am Persischen Golf zwischen Iran und Saudi-Arabien, der die Region dominiert. Zusätzlich gibt es eine Reihe von Konflikten, die sich diesen Großkonflikten nicht zuordnen lassen, etwa der Westsahara-Konflikt.

Durchweg haben aber politische Führungen in der Region die Palästina-Frage bzw. den Nahostkonflikt als Mittel zur Mobilisierung der Bevölkerung und als Legitimation für die Durchsetzung ihrer Interessen eingesetzt. So präsentiert sich der Iran als Vorreiter des «anti-zionistischen Widerstands» und unterstützt mit der Hamas und dem Islamischen Dschihad in Palästina und der Hisbollah im Libanon bewaffnete Gruppierungen finanziell sowie durch Training und Waffenlieferungen. Zugleich hat der Kriegszustand mit Israel arabischen Herrschern über lange Zeit eine willkommene Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung autoritärer Systeme geboten: für ein jahrzehntelanges Andauern

des Ausnahmezustandes, unter dem politische Rechte und Bürgerrechte empfindlich eingeschränkt waren, für überdimensionierte Armeen und Sicherheitsapparate und für eine Bevorzugung von Verteidigungsausgaben gegenüber Ausgaben für die Verbesserung der Lebensbedingungen.

Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Einflusses des Iran in der Region seit der US-geführten Irak-Invasion 2003 bildete sich eine Annäherung der Interessen und eine – bislang verdeckte – Geheimdienstkooperation zwischen Saudi-Arabien und den kleineren arabischen Golfmonarchien auf der einen und Israel auf der anderen Seite heraus. Diese Staaten sind die größten Gegner des im Juli 2015 erzielten Atomabkommens zwischen Iran und der internationalen Gemeinschaft. Gleichzeitig verbietet es sich für die Golfstaaten, diese Interessenskonvergenzen mit Israel in eine offene Zusammenarbeit münden zu lassen, solange Israel arabische Territorien besetzt hält.

Damit hat der israelisch-arabische Konflikt wiederum Einfluss auf Dynamiken in der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens. Nicht zuletzt wird der Konflikt durch bewaffnete Gruppierungen – früher in erster Linie säkulare, heute vor allem islamistische oder dschihadistische – zur Rekrutierung von Kämpfern genutzt, unter dem Vorwand der Solidarität mit den Palästinensern bzw. der Befreiung der Heiligen Stätten. Zudem bilden palästinensische Flüchtlinge in vielen Ländern der Region eine große Bevölkerungsgruppe und haben gesellschaftlichen Einfluss. Denn die Mehrzahl der rund 5,5 Millionen palästinensischen Flüchtlinge, die heute beim UN-Hilfswerk registriert sind, lebt in den drei Nachbarstaaten Israels, also im Libanon, in Jordanien und in Syrien. Dabei machen die Flüchtlinge im Libanon über 10 Prozent und in Jordanien sogar über 30 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Hinzu kommen vor allem in Jordanien die Flüchtlinge des Krieges von 1967. In beiden Ländern bestand und besteht die Sorge, dass die Flüchtlinge die Bevölkerungszusammensetzung so verändern, dass das jeweilige demographische Gleichgewicht, auf dem die politische Ordnung beruht, gestört wird. Außerdem konnten Palästinenser auch in den arabischen Golfstaaten in den vergangenen

Jahrzehnten nicht unerheblichen gesellschaftlichen Einfluss entfalten. Denn viele fanden dort, nicht zuletzt im Bildungssektor, ein Auskommen.

Der Palästinensischen Befreiungsorganisation (Palestine Liberation Organization, PLO) wurde in der Vergangenheit vorgeworfen, in den Ländern, in den sie ihren Sitz aufnahm, einen «Staat im Staate» zu errichten. Dies führte in Jordanien und im Libanon zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Der PLO wird dabei auch eine Mitverantwortung für den Ausbruch des libanesischen Bürgerkriegs zugeschrieben. Infolgedessen musste die PLO ihr Hauptquartier 1971 von Amman nach Beirut und 1982 von Beirut nach Tunis verlegen.

Aus all dem ist ersichtlich: Der Nahostkonflikt ist nicht der Schlüsselkonflikt im Nahen und Mittleren Osten. Er hat aber in weiten Teilen der Region nach wie vor erhebliche Wirkungs- und Mobilisierungskraft.

2. Territoriale, ethnische und religiöse Dimensionen

Kern des Nahostkonflikts ist der israelisch-palästinensische Konflikt. Dieser bezieht sich nicht nur auf das Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern in den palästinensischen Gebieten, sondern hat – aufgrund der palästinensischen Minderheit – in Israel auch eine innenpolitische Komponente. Zudem ist er eng mit dem israelisch-arabischen Konflikt verknüpft, der sich seit der israelischen Staatsgründung 1948 im Wesentlichen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien abspielt (s. Karte auf der vorderen Umschlaginnenseite), auch wenn andere Staaten der Region, etwa Irak, Saudi-Arabien und Iran, immer wieder direkt oder indirekt intervenierten. Der Konflikt hat auch dazu geführt, dass bis heute eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen Israel und den anderen arabischen bzw. muslimisch geprägten Ländern aussteht. Dieses Buch setzt sich mit sämtlichen Konfliktdimensionen auseinander, der Schwerpunkt liegt aber auf dem palästinensisch-israelischen Konflikt.

Im Nahostkonflikt wirken mehrere Konfliktdimensionen zu-

sammen, dies ist ein wesentlicher Grund, warum er so schwer zu lösen ist. So handelt es sich erstens um einen Territorialkonflikt: Von den Konfliktparteien wird Anspruch auf (zumindest zeit- und teilweise) dasselbe Gebiet erhoben. Der Streit über den Verlauf von Grenzen und die entsprechende Gebietshoheit ist deshalb von herausgehobener Bedeutung. Verbunden damit ist der Konflikt um Ressourcen. Dabei geht es insbesondere um die Zuteilung und Nutzung von Wasser, fruchtbarem Land und Steinbrüchen.

Der Nahostkonflikt ist zweitens auch ein ethno-nationalistischer Konflikt: Zwei unterschiedliche ethnische Gruppen verfolgen jeweils konkurrierende nationale Bestrebungen. Die Juden haben ihr Anliegen bereits 1948 mit der Ausrufung des Staates Israel verwirklicht, während die nationale Selbstbestimmung der Palästinenser nach wie vor aussteht. Denn trotz wiederholter Proklamation eines palästinensischen Staates mangelt es ihnen an entsprechender effektiver Kontrolle und anerkannter Souveränität über ein Staatsgebiet.

Drittens besitzt der Nahostkonflikt eine religiöse Dimension: Die Konfliktparteien untermauern ihre Ansprüche auch religiös, also durch den Verweis auf göttliche Versprechen für ihr Volk. Die religiöse Aufladung in der Konfrontation zwischen Juden und Muslimen hat in den letzten Jahren zugenommen. Dies zeigt sich immer wieder auch in gewaltsamen Auseinandersetzungen um den Tempelberg bzw. den Haram al-Scharif in Jerusalem. Sie wird zudem durch die demographische Entwicklung befördert. Denn die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe in Israel sind (ultra-)orthodoxe Juden. Zugleich verbreitet sich zunehmend auch unter säkularen, reformorientierten und konservativen Juden nationalreligiöses Gedankengut. Mit dem Erstarken der islamistischen Bewegung unter Palästinensern hat deren Rückgriff auf religiöse Argumentationsmuster ebenso zugenommen.

3. Rückkehr oder Landraub? Unabhängigkeit oder Katastrophe?

Der Nahostkonflikt geht mit scheinbar unvereinbaren Identitätskonstruktionen und gegensätzlichen Narrativen einher. Dies ist bereits im Zusammenhang mit dem ersten arabisch-israelischen Krieg von 1948 zu beobachten. Aus israelischer Sicht ist dieses Ereignis positiv besetzt, weil es mit der Staatsgründung und der erfolgreichen Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegen die arabischen Armeen verbunden ist. Im Gegensatz dazu steht 1948 im kollektiven palästinensischen Gedächtnis für die Nakba (arabisch für «Katastrophe»), also die Flucht und Vertreibung von rund 700 000 Palästinensern und dem daraus resultierenden Flüchtlingsdasein.

Zuvor hatte der politische Zionismus die Errichtung eines jüdischen Staates im historischen Palästina mit der Devise «ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land» gerechtfertigt. Die in diesem Gebiet lebende arabische Bevölkerung wurde zwar nicht negiert, aber auch nicht als ein Hindernis für jüdische Einwanderung und Staatsgründung gesehen. Aufgrund der biblischen Verwurzelung des jüdischen Volkes in Eretz Israel (hebräisch für «das Land Israel») stellt die Einwanderung aus jüdischer Sicht eine Rückkehr dar. Doch auch die Palästinenser führen ihre Ansprüche auf ihre historische Verbundenheit mit dem Land und ihre ununterbrochene Präsenz dort zurück. Zudem habe Gott den Muslimen das Land als Stiftung anvertraut; ein Verzicht darauf würde daher gegen seinen Willen verstoßen. Palästinenser betrachten die jüdische Besiedlung als Landraub. Der Zionismus wird entsprechend als koloniale Bewegung gesehen. Dies hallte etwa 1975 in der Resolution 3379 der UN-Generalversammlung nach, die nach Mehrheitsentscheidung den Zionismus als eine Form des Rassismus bezeichnete.

Auch den Juni-Krieg von 1967 interpretieren Palästinenser und Israelis sehr unterschiedlich. In Israel erwuchs aus der Euphorie über den schnellen militärischen Sieg über die arabischen Nachbarstaaten – daher auch die Bezeichnung Sechs-Tage-Krieg – das Narrativ der militärischen Unbesiegbarkeit. Die Pa-

lÄstinenser dagegen sprechen hier von der Naksa (arabisch für «Rückschlag»), weil die arabischen Armeen keine Fortschritte bei der «Befreiung» des Landes erzielen konnten. Vielmehr begann mit dem militÄrischen Sieg Israels unter anderem die Besetzung des Westjordanlandes, des Gaza-Streifens und Ost-Jerusalems. Seinen Anspruch auf die eroberten palÄstinensischen Gebiete untermauerte Israel dadurch, dass es nicht vom Westjordanland, sondern von JudÄa und Samaria sprach und damit die biblischen Begriffe benutzte. Die Eroberung (und spätere Annexion) des seit 1948 von Jordanien kontrollierten Ostteils von Jerusalem wurde als «Wiedervereinigung» gefeiert.

Außerdem existieren auf beiden Seiten unterschiedliche Vorstellungen darüber, was unter Frieden zu verstehen ist. Während für die Israelis Sicherheit und ein Ende aller arabischen Forderungen Priorität haben, geht es für die PalÄstinenser primär um ein Ende der Besatzung und eine gerechte Regelung der Flüchtlingsfrage. Konträre Deutungen finden sich auch im Hinblick auf die Legitimität von Gewaltanwendung und die Ursachen für das Scheitern bisheriger Endstatusverhandlungen. So dominiert in Israel die Sichtweise, dass die PalÄstinenser im Jahr 2000 bei Verhandlungen in Camp David ein «großzügiges Angebot» abgelehnt und stattdessen mit dem «Terror» der Zweiten Intifada geantwortet hätten. Für die PalÄstinenser blieben die israelischen Vorschläge jedoch weit hinter ihren Minimalforderungen zurück. Sie hätten mit der Anerkennung einer Regelung auf Basis der Grenzen von 1967 bereits einen «historischen Kompromiss» gemacht. Weitere territoriale Zugeständnisse seien nicht möglich. Zudem hätten sie Israel bereits mit dem ersten Oslo-Abkommen 1993 anerkannt, ohne dass dies von israelischer Seite honoriert worden sei. Diese versuche vielmehr beständig, Verhandlungsergebnisse durch einseitige Maßnahmen (etwa Siedlungsbau) vorwegzunehmen bzw. zu diktieren. Der Ausbruch der Zweiten Intifada ist nach dieser Lesart vor allem eine Folge der mangelnden Kompromissbereitschaft Israels. In Israel wird sie hingegen auf die fehlende Friedens- und Kompromissbereitschaft der PalÄstinenser zurückgeführt.

II. Stationen des Nahostkonflikts

Der Nahostkonflikt ist nicht erst mit der Ausrufung des Staates Israel entstanden. Er geht vielmehr zurück auf die jüdische Einwanderung und Besiedlung des Gebiets seit dem späten 19. Jahrhundert, die zur Konkurrenz mit den ansässigen arabischen Einwohnern um das Land und seine Ressourcen führte. Die jüdische Einwanderung wiederum ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund der Zunahme des Antisemitismus und der Pogrome gegen Juden in Europa und Russland und, in Reaktion darauf, der Entstehung des politischen Zionismus. Aber mit der Etablierung des Staates Israel veränderte sich die Auseinandersetzung insofern, als sie auch ein zwischenstaatlicher Konflikt wurde.

Auf der einen Seite hat sich der israelisch-arabische Konflikt seither in sechs internationalen Kriegen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn (1948, 1956, 1967, 1973, 1982, 2006) sowie zwei Aufständen der Palästinenser gegen die israelische Besatzung (1987–1991 und 2000–2005) niedergeschlagen. Insbesondere die Zweite Intifada (arabisch für «Abschütteln») hat nicht nur zu einer massiven Gewaltanwendung in den besetzten palästinensischen Gebieten, sondern auch in Israel geführt. Dadurch sind in beiden Bevölkerungen große Zweifel am Friedenswillen der jeweils anderen Seite genährt worden. Zudem sind seit dem israelischen Abzug aus dem Gaza-Streifen im Sommer 2005 dort die Abstände zwischen gewaltsamen Auseinandersetzungen der israelischen Armee mit militanten palästinensischen Gruppierungen immer kürzer geworden, während das Ausmaß der Zerstörung und die Zahl der zivilen Opfer zugenommen haben.

Auf der anderen Seite gab es zwischen Israel und seinen Nachbarn von Anfang an immer wieder Bemühungen um eine Konfliktregelung und einen friedlichen Ausgleich. Seit den

1970er-Jahren wurden diese auch international vorangetrieben. Mit Ägypten 1979 und Jordanien 1994 schloss Israel Friedensabkommen, selbst wenn es ein «kalter Frieden» blieb, also nicht zu einer Aussöhnung zwischen den Bevölkerungen und einer Normalisierung der gesellschaftlichen und politischen Beziehungen führte. Vonseiten der anderen arabischen Staaten sowie der Mehrzahl der islamischen Länder steht eine Anerkennung Israels hingegen nach wie vor aus. Deshalb gibt es bisher auch keine normalen zwischenstaatlichen Beziehungen. Diese hängen – so ist es in der sogenannten Arabischen Friedensinitiative von 2002 (s. u., II. 5.) postuliert – in erster Linie von einer Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts ab.

Hier tritt allerdings ein Paradox zutage: Zwar hat sich in den letzten Jahrzehnten international eine Zweistaatenoption als Regelungsansatz durchgesetzt, der auch für die Konfliktparteien der Hauptbezugspunkt geworden ist. Gleichzeitig wird ihre Umsetzung aber immer schwieriger, da das für einen palästinensischen Staat zur Verfügung stehende Territorium durch den Bau von Siedlungen und Siedlungsinfrastruktur, die Isolierung Ost-Jerusalems von seinem Umland und die Errichtung der Sperranlagen im Westjordanland sowie die Abriegelung des Gaza-Streifens immer stärker zerstückelt wird. Zudem sind die palästinensischen Gebiete seit 2007 politisch gespalten: Während das Westjordanland von der Fatah (arabisches Akronym für «Bewegung zur Befreiung Palästinas») geführt wird, regiert im Gaza-Streifen die islamistische Hamas (arabisches Akronym für «Die Islamische Widerstandsbewegung»). Dementsprechend haben Israelis und Palästinenser die Hoffnung auf eine verhandelte Konfliktregelung weitgehend aufgegeben. Dabei unterstellen beide der jeweils anderen Seite, an einer friedlichen Koexistenz nicht wirklich interessiert zu sein. Damit ist der in Oslo 1993 ausgehandelte Ansatz der Konfliktregelung zunächst gescheitert.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de